

Räumung der beiden Mehrfamilienhäuser an der Töddinghauser Straße – Bürgermeister: Keine Frage soll unbeantwortet bleiben

Die Räumung der beiden Wohngebäude Töddinghauser Straße 135 und 137 mit insgesamt 60 Wohnungen nach einem Brand in den Turmarkaden wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Bauen und Verkehr kommenden Dienstag ab 17 Uhr im großen Ratssaal politisch aufgearbeitet.

Am 10. Mai 2019 wurde in den Wohngebäuden Töddinghauser Straße 135 und 137 eine extrem hohe Kohlenmonoxidkonzentration festgestellt, ausgelöst durch ein Brandereignis in dem benachbarten leerstehenden Gebäudekomplex.

Die daraufhin angeordnete Räumung der Wohngebäude am 15. Mai wegen festgestellter lebensgefährlicher Brandschutzmängel hat eine ganze Reihe von Diskussionen in den Medien ausgelöst, noch einmal befeuert durch ein anonymes YouTube-Video vom 22. Juni und ganz aktuell durch einen Fragenkatalog der Fraktion BergAUF Bergkamen vom 3. Juli.

Zum gegenwärtigen Erkenntnisstand erklärte Bürgermeister Roland Schäfer heute, dass alle Fragen ernstgenommen und keine Fragen offen gelassen werden.

„Ein Teil der benannten Gesichtspunkte und Aspekte ist bereits in Pressegesprächen beantwortet worden“, so der Bürgermeister. „Aber auch auf die übrigen Fragestellungen werden wir vollständig und nachprüfbar eingehen“.

Die Entscheidung zur Räumung der Wohngebäude sei eine gemeinsame Entscheidung des gesamten Verwaltungsvorstandes der

Stadt gewesen, die man sich nicht leicht gemacht habe.

„Ich persönlich und die übrige Verwaltungsführung stehen bis heute uneingeschränkt hinter der Entscheidung vom 15. Mai 2019“, so Roland Schäfer.

Wie Bürgermeister Schäfer weiter mitteilte, sei der für Bauaufsicht und vorbeugenden Brandschutz zuständige Erste Beigeordnete, Dr. – Ing. Hans-Joachim Peters, nach längerer Abwesenheit seit heute wieder im Dienst und kümmere sich mit Nachdruck um die Aufarbeitung der noch offenen Fragen. Bei einer Reihe von Themen sei aber eine aufwendige Aktenrecherche erforderlich.

In der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses für Umwelt, Bauen und Verkehr am nächsten Dienstag, den 09. Juli 2019, stehe das Thema aber bereits auf der Tagesordnung.

In diesem Zusammenhang wies Bürgermeister Roland Schäfer auch darauf hin, dass die Beigeordnete, Christine Busch, in Bezug auf die Räumung zwar immer – im Einvernehmen mit dem Bürgermeister – Entscheidungen treffen musste, innerhalb der Verwaltung originär jedoch als Dezernentin insbesondere zuständig sei für die Vermeidung von Obdachlosigkeit.

Deshalb betonte Roland Schäfer: „Die in den sozialen Medien laut gewordene Kritik an der Beigeordneten Christine Busch ist in keiner Weise gerechtfertigt. Ich danke Christine Busch ganz ausdrücklich für ihr großes Engagement, die betroffenen Menschen in ihrer schlimmen Situation zu unterstützen!“

„Jeder von uns hat volles Verständnis für die Sorgen und Ängste der Menschen, die ihre Wohnungen räumen mussten. Ihnen gilt mein Mitgefühl. Wo es geht, versuchen wir zu helfen“, so Roland Schäfer abschließend.